

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/117

24. Juni 1971

Europa hat gesiegt!

Beweis für die Bewährung der Gemeinschaft

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Sichere Autos - saubere Umwelt

Aktuelle Probleme der Massenmotorisierung

Von Ernst Haar SPD-MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen
Bundestages

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

Modernisierung des deutschen Urheberrechts

Besserer Schutz für Autoren und Verleger

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Bildung und Wissenschaft

Seite 5 und 6 / 83 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37-38
Telex: 686 646/686 947/
686 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Europa hat gesiegt!

Beweis für die Bewährung der Gemeinschaft

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Die Bedeutung der gestrigen Luxemburger Einigung über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft kann nur ermessens, wer sich bewußt wird, daß damit eine Forderung verwirklicht wird, die seit dem Ende des Krieges von allen weitsichtigen Europäern gestellt worden ist. Es ist ja nie so gewesen, daß die Europäischen Gemeinschaften auf die Sechs beschränkt werden sollten; der Appell, sich an der Gemeinschaft zu beteiligen hatte sich an alle demokratischen europäischen Staaten gerichtet. Für die Sechs, die ihm zunächst folgten, kam es darauf an, in dieser ersten Etappe durch den Erfolg ihrer Zusammenarbeit auch jene Staaten eines Besseren zu überzeugen, die 1950 draußen geblieben waren. Mit den Beitrittsanträgen stellte sich dann für die Gemeinschaft die Aufgabe, sich unter Wahrung ihres Charakters über den ursprünglichen Kern der Sechs hinaus als erweiterungsfähig zu erweisen. Um diesen für die Zukunft Europas entscheidenden Test ist es zehn Jahre lang gegangen.

In dem Gelingen der Beitrittsverhandlungen liegt damit zugleich der Beweis für die Bewährung der Gemeinschaft. Wären die Verhandlungen nicht zu einem guten Ende geführt worden, so hätte daraus auf die mangelnde Kraft der Gemeinschaft geschlossen werden müssen, ihren Anspruch zu erfüllen, Grundstein eines immer engeren Zusammenschlusses aller europäischen Völker zu sein.

Wären die Verhandlungen mit Großbritannien nicht erfolgreich abgeschlossen worden, dann hätten die Verhandlungen mit den drei anderen beitriftswilligen Staaten auch kaum weitergeführt werden können, und es hätte keine Aussicht bestanden, auch die übrigen EFTA-Staaten an die Gemeinschaft heranzuführen. Westeuropa wäre in verschiedenartigen Organisationsformen verharret, wenn diese nicht sogar unter dem Schock eines nochmaligen Scheiterns ihrerseits

auseinandergebrochen wären.

Zugleich wären dann auch unsere Bemühungen um größere Kommunikation und Kooperation zwischen West- und Osteuropa beeinträchtigt worden. Nicht zersplitterte Einzelstaaten, sondern nur eine sich fortentwickelnde Gemeinschaft kann den Staaten Osteuropas ein den Bedürfnissen entsprechender Partner sein.

Dies gilt auch für die Aufgaben, deren Erfüllung die Welt von Europa erwartet: Geschwächt, gespalten wären wir dazu nicht in der Lage gewesen; durch die wachsende Einheit gestärkt, kann Europa jetzt allmählich neben den Weltmächten eine eigene, der Friedenserhaltung gewidmete Rolle übernehmen.

Neben diesen Perspektiven muten jene Befürchtungen kleinlich und wirklichkeitsfremd an, die von einer Verlangsamung des Integrationsprozesses aufgrund der größeren Mitgliederzahl oder sogar von Konkurrenzdenken unter ihnen sprechen. Der Dynamik der Gemeinschaft, die den notwendigen Rahmen für national nicht mehr lösbare Aufgaben bildet, werden sich die neuen Mitglieder ebenso wenig entziehen können, wie dies für die alten galt - und der Kitt der gemeinschaftlichen Solidarität bindet in Zukunft alle aneinander.

Noch ist der Beitritt nicht vollzogen. In den nächsten Monaten wird es aufgrund der nun vorliegenden ausgehandelten und - wie wir in Übereinstimmung mit der britischen Regierung meinen - fairen Bedingungen in London nun darum gehen, mit der notwendigen parlamentarischen Mehrheit den Beitrittsbeschluß zu besiegen und die Öffentlichkeit von seiner Richtigkeit zu überzeugen. Wir zweifeln nicht daran, daß dies Premierminister Heath gelingen wird, der schon 1950 für Großbritanniens Beteiligung an der Montanunion eingetreten war.

Für die Bundesregierung ist ein Ziel greifbar nahe, das der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von 1969 mit den Worten umschrieben hatte: "Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zur Erfolg an die Seite stellen". Sowohl als Bundesaußenminister als auch als Bundeskanzler hat Willy Brandt jede Gelegenheit genutzt, um die Forderung nach Aufnahme Großbritanniens in die Gemeinschaft durchzusetzen. Wenn der französische Staatspräsident auf der Haager Gipfelkonferenz eine Zusage gegeben hatte, die er jetzt erfüllte, so ist für diese staatsmännische Tat nicht zuletzt der enge, vertrauensvolle Kontakt bestimmend gewesen, der ihn mit dem Bundeskanzler verbindet. In Brüssel und Luxemburg - an der Verhandlungsfrent - gebührt das Verdienst der Verhandlungsgabe des Bundesaußenministers, die selbst alte Bewunderer immer wieder überrascht hat.

Für die SPD ist jetzt eine Epoche erfolgreich abgeschlossen worden, in der jeder Parteitag und jedes Parteiprogramm die Forderung nach der Beteiligung Großbritanniens und der anderen beitragswilligen Staaten am europäischen Einigungsprozeß wiederholte. Für alle drei Parteien des Bundestages ist ein großer Wunsch in Erfüllung gegangen, der sie über die Fronten hinweg einte. Konsequenz zahlt sich aus. Gesiegt hat Europa. (-/cx/24.6.1971/ks)

Sichere Autos - saubere Umwelt

Aktuelle Probleme der Massenmotorisierung

Von Ernst Haar SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Wir sind bestürzt über die wachsende Zahl der Todesopfer des Straßenverkehrs. Mit Recht wird deshalb durch Konzentration vieler Kräfte aus Politik, Wissenschaft und Technik alles versucht, die deprimierende Entwicklung der steigenden Unfallziffern zu stoppen. Das Fehlverhalten vieler Kraftfahrer, Fußgänger und Radfahrer im Verkehr ist beängstigend. Ein Sechs-Punkte-Programm der Bundesregierung soll dazu beitragen, die Zahl der Verkehrsunfälle einzudämmen.

Unserer motorisierten Gesellschaft wird zusätzlich ein hoher Preis abverlangt durch jene giftigen Schwaden, die wir täglich einatmen. Nach jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen stellt sich die Frage, ob der "Luftverpester Auto" bereits die am Rande unserer Bundesstraßen erzeugten Nahrungsmittel vergiftet. Noch 100 bis 200 Meter neben diesen Straßen ist ein hoher Bleigehalt in den Pflanzen festgestellt worden. Auch die Weinbauern werden immer mehr mit den Problemen der Bleivergiftung konfrontiert.

Der Verband der Automobilindustrie hat vor kurzen eine umfangreiche Studie unter dem Titel "Verkehr - Sicherheit - Umwelt" veröffentlicht. In diesem Memorandum wird mit Hinweis auf die Leistungen und Erwartungen der Automobilindustrie eine Vielfalt der mit der Massenmotorisierung verbundenen Probleme aufgezeigt und Lösungsvorschläge zur Diskussion gestellt. Besonders instruktiv sind die Darstellung der Rangfolge von Sicherheitsmaßnahmen, der Stufenplan zur Verringerung der schädlichen Abgasmengen und die Maßnahmen zur Geräuschkürzung.

Die Interessengebundenheit der Studie wird jedoch deutlich bei allen Forderungen, die sich an den Staat richten. Ebenso unverständlich ist der Versuch, die nachteiligen Folgen der Motorisierung zu bagatellisieren. Es ist ein Widerspruch, Forderungen auf Fehung der Verkehrssicherheit zu begründen, während gleichzeitig bestehende und erprobte Möglichkeiten von den Großunternehmen nicht voll ausgenützt werden. Viele für die Sicherheit wichtige Elemente sind nur im Rahmen eines Aufpresssystems zu erhalten. Weshalb wird auf den serienmäßigen Einbau von Gurtelreifen, Verbundglasscheiben, heizbaren Heckscheiben usw. verzichtet?

Die Automobilindustrie drängt in dem veröffentlichten Lei-

stungsbericht auf schnell wirkende Umweltschutzmaßnahmen. In den USA verweisen einige Automobilfirmen in ihrer Reklame unter anderem darauf, daß sie die geltenden Abgasvorschriften übertreffen. Sie liefern dort Kraftfahrzeuge aus, die günstigere Co-Werte haben als die in Deutschland produzierten Fahrzeuge. Was hält die deutschen Automobilfirmen davon ab, kurzfristig bereits bekannte und mögliche Verfahren zur Abgasreinigung auszubauen? Während derartige Anlagen bei Exportfahrzeugen für die USA längst eingebaut werden, wird in unserem Land eine skandalöse Verzögerungstaktik angewandt mit der Begründung, daß es zunächst erforderlich sei, Anforderungen und Einsatztermine für die Abgasreinigung international abzustimmen.

Kritische Fragen fordert auch die Feststellung im Leistungsbericht der Automobilindustrie heraus, daß zur Begrenzung der Bleiemission lediglich Filtereinrichtungen in Versuchsausführung bekannt wären. Wie zur Entschuldigung findet sich in diesem Zusammenhang der nachstehende, peinlich ankundende Satz: "Ob die aus Kraftstoffabgasen stammenden und von Menschen mit der Atemluft aufgenommenen außerordentlich geringen Bleimengen, die zudem noch zum größten Teil vom Körper wieder ausgeschieden werden, durch Langzeitwirkung zu Gesundheitsschäden führen können, ist noch nicht endgültig geklärt."

Experten fordern nachdrücklich ein Maßnetz für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik, um vor allem die Ballungsräume auf ihre Immissionsbelastung laufend überwachen zu können. Es gilt, neue Techniken zu entwickeln, um eine ausreichende Luftqualität zu gewährleisten. Der Bundestag muß unbeirrt am Gesetzentwurf der Bundesregierung über Verminderung von Luftverunreinigungen durch Ottokraftstoffe für Kraftfahrzeugmotoren festhalten und darf sich auch durch den Druck der Interessenverbände in der Einhaltung der festgelegten Termine nicht beirren lassen.

Die Automobilindustrie muß sich ihrer Verantwortung bewußt sein, die sie selbst bei der Bewältigung dieser Probleme trägt. Wenn Appelle ohne Echo bleiben, dann kann nur der Weg neuer Gesetze beschritten werden. Die Probleme sind zu ernst, als daß wir es der Automobilindustrie überlassen könnten, das Bild der Gesellschaft von morgen einseitig aus dem Blickpunkt von Preis- und Gewinnerwartungen zu formen.

(-/ex/24.6.1971/bgy)

+ + +

Modernisierung des deutschen Urheberrechts

Besserer Schutz für Autoren und Verleger

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Bildung und Wissenschaft

Die Hoffnungen von Autoren, Verlegern und all jenen, die in der fortschreitenden Modernisierung des deutschen Urheberrechts einen Akt der Sicherung der auch in der Bundesrepublik zunehmend bedrohten Meinungsfreiheit sehen, der Bundestag würde noch vor Abschluß der Sommerpause einschlägige Initiativen der Koalition und der Opposition abschließend beraten, konnten nicht erfüllt werden. Offenbar ist in dieser Frage der Eifer der mitbeteiligten Landesregierungen überschätzt worden, die ihnen durch das Grundgesetz übertragenen Aufgaben der Kulturhoheit zu erfüllen, wenn es um neue Pflichten geht, die Geld kosten. Das Problem und die Dringlichkeit seiner Lösung indessen sind geblieben. Öffentliche Bibliotheken und Werkbüchereien sollen, wie es die Gesetzesnovellen der im Bundestag vertretenen Parteien vorsehen, für das Ausleihen urheberrechtlich geschützter Werke wie in Skandinavien eine Gebühr zahlen. Erfreulich ansteigende Ausleihziffern in den öffentlichen und Werkbüchereien stehen einem rasch wachsenden Rationalisierungsprozeß im deutschen Buchhandel - aber auch im deutschen Verlags- handel gegenüber. Ein Prozeß, der das Bücherangebot im Buchladen empfindlich einschränkt, ja in der Endphase wohl auf den Stand der letzten Jahre bezogen, um 70-80 v.H. verringert.

Dies ist nicht nur ein bedeutsames wirtschaftliches Problem für die Verlage, ein nicht weniger den Lebensnerv berührendes Problem für die Schriftsteller, sondern auch ein kulturpolitisches Problem ersten Ranges für die Verantwortlichen in Bund und Land. Die von den Parteien vorgeschlagene Lösung der Bibliotheksabgabe, über die wenigstens auf dem Gebiet der sozialen Sicherung den deutschen Autoren ein bescheidener Ausgleich für die durch den Konzentrationsprozeß in der Verlags und Buchhandelsbranche beschnittene Existenzgrundlage gewährt werden kann, ist die sauberste Möglichkeit und eine Lösung, die der konsequenten Weiterentwicklung unseres Urheberrechts entspricht. Die Bibliotheksabgabe würde die Länder - und den Bund, falls er sich daran beteiligt - insgesamt jährlich zur Zeit einen Betrag zwischen 12 und 15 Millionen DM kosten.

Die gegenwärtigen Entwicklungen im deutschen Verlagswesen laufen auf eine fühlbare Einschränkung der Publikationsmöglichkeit in einem Lande hin, das sich traditionell zu den großen Kultur- nationen dieser Welt rechnet. Ergänzt durch die Rationalisierungs- entwicklung im Buchhandel bewirken sie eine empfindliche Ein- schränkung der Meinungsfreiheit. Würden die nach dem Grundgesetz

in diesem Lande für die Erhaltung der Meinungsfreiheit Verantwortlichen, die Jahr für Jahr riesige Beträge für ihre Public Relations-Arbeit ausgeben, sich nicht entschliessen können, für ihren grundgesetzlichen Auftrag 15 Millionen locker zu machen, hinge der Haussagen schief - sowohl bei den Chefs der Länderregierungen wie beim Bundesfinanzminister. Deswegen kann man wohl annehmen, daß die Bundesregierung wie die Länder sich ihrer Verpflichtung nicht entziehen werden.

Freilich ist es mit der Bibliotheksabgabe allein nicht getan. Das 1965 in Zeitnot am Ende der Legislaturperiode verabschiedete neue Urhebergesetz hat manchen Fortschritt gebracht, aber auch Ungereimtes fortbestehen lassen. Darüber, daß die entschädigungslose Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke zugunsten von Schulbuchverlegern, Bildungsinstitutionen und Kirchen ein Ende haben muß, besteht glücklicherweise Einvernehmen. Übrigens wäre es ein Anachronismus, das entschädigungslose Nutzungsprinzip etwa wie bisher für Bundeswehrkapellen fortbestehen zu lassen. Warum sollen ausgerechnet Komponisten Spenden fürs Vaterland geben, wo noch kein Lieferant der Bundeswehr mit materiellen Gütern Hungers gestorben ist. Ebenso besteht Einigkeit darüber, daß der entschädigungslosen Nutzung geistigen Eigentums durch die Vielfalt neuer technischer Entwicklung ein Riegel vorgeschoben werden muß. Noch nicht bedacht haben daher die Initiatoren der neuerlichen Urheberrechtsreform, daß in die geplanten strenger gefaßten Bestimmungen über die Entrichtung einer Pauschalabgabe für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke beim Verkauf von Tonband- und Bildaufzeichnungsgeräten künftig unter allen Umständen auch Fotokopiergeräte aufgenommen werden müssen. Die Verbesserung und technische Weiterentwicklung von fotoelektrischen Kopiergeräten hat eine Perfektion erreicht, die den Vervielfältigungsmißbrauch von urheberrechtlich geschützten Werken in einer Weise Tür und Tor geöffnet hat, daß eine andere Lösung gar nicht mehr als zweckmäßig anzusehen wäre.

Der Bundestag selbst und seine Fraktionen sündigen übrigens auf diesem Gebiet in zunehmendem Masse, von der Wirtschaft ganz zu schweigen, so daß die Abgeordneten nur auf ihre Schreibtische zu blicken brauchen, um in reicher Fülle Anschauungsmaterial zur Unterstreichung dieser Forderung zu finden. Die Beseitigung der Diskriminierung, der geistiges Eigentum nach wie vor in der Bundesrepublik ausgesetzt ist, sollte durch den Bundestag nach der Sommerpause rasch und zügig in die Hand genommen werden. Diese Aufgabe ist zugleich ein Beitrag zur Sicherung der durch Konzentrationsvorgänge in unserem Buch- und Zeitungsverlagswesen vielfältig bedrohten Meinungsfreiheit. (-/ex/24.6.1971/ks)